

Die bewegten Jahre der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V.

- Wie es wirklich war -

Von Hans-Joachim von Leesen

Die *Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.* wurde am 9. April 1962 in Köln von achtzehn Herren gegründet, kann also im Jahre 2012 auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Federführend war damals Hugo Wellems, geboren am 4. August 1912 in Bonn, gelernter Journalist, eine zweifellos umtriebige und höchst aktive Persönlichkeit, im übrigen das typische Produkt einer unruhigen Zeit. Die Gründungsmitglieder wählten laut damaligem Protokoll den Chefredakteur Hugo Wellems zum Vorsitzenden, zu seinem Stellvertreter Oberst a. D. Dr. rer. pol. Karl Beyer, zum Schriftführer den Werbeberater Günther Mundt, zum Kassenwart den Kaufmann Dr. rer. pol. Albert Derichsweiler und einen Beirat. Dessen Vorsitzender wurde der Chefarzt des Städtischen Krankenhauses Köln-Worringen, Dr. med. Horst Bourmer.

Die Gründungsziele der SWG - bis heute unverändert

In der gleichzeitig beschlossenen Satzung wurden unter § 2 die Ziele genannt, die bis heute unverändert geblieben sind. Es heißt darin: „Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke ... Ihre Aufgaben sind u. a.

- Verbreitung und Vertiefung staatsbürgerlicher Bildung;
- Verbreitung von Kenntnissen über wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Zusammenhänge;
- Sicherung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung;
- Festigung der geistigen Grundlagen des europäischen Kulturbereichs;
- Pflege der Völkerverständigung sowie der rassischen und religiösen Toleranz;
- Verankerung des demokratischen Gedankens in der Jugend.“

Erreichen wollte und will man diese Ziele u. a. durch die Herausgabe und/ oder Förderung geeigneten Schrifttums, Vortragsveranstaltungen, Seminare, Unterstützung von Forschungsaufträgen und Unterstützung der Aufklärungsarbeit anderer den Zweck der Gesellschaft verwandter Vereinigungen.

In diesem Rahmen entwickelte die SWG in den folgenden Jahren eine rege Tätigkeit, vor allem indem sie in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Vorträge, Diskussionen und Seminare durchführte. Die Gesellschaft beteiligte sich an einigen Publikationen und gab (und gibt) auch beispielsweise das DEUTSCHLAND-JOURNAL heraus.

Die betont antikommunistische Grundhaltung der Gesellschaft erklärt sich aus der damaligen politischen Lage der Bundesrepublik Deutschland. Die Bevölkerung fühlte sich als Opfer des

kalten Krieges, der zwischen den rivalisierenden Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gerade einmal wieder hell aufloderte, nachdem er einige Jahre lang still vor sich hin geglost war. Im September 1960 hatte die DDR in Abstimmung mit der Sowjetunion den Zugang zu West-Berlin gesperrt. Ein Jahr darauf zog die DDR - wiederum in Abstimmung mit der Sowjetunion - eine Mauer durch das geteilte Deutschland. In der Bundesrepublik nahm die allgemeine Unsicherheit über die Lage des Landes zu. Die schon lange währende Kanzlerschaft Konrad Adenauers ging offensichtlich zu Ende, bis er 1963 zurücktrat und Platz machte für den wirtschaftlich außerordentlich erfolgreichen, politisch aber schwachen Bundeskanzler Ludwig Erhard.

Die Parteien, die seit Gründung der Bundesrepublik die Regierungen gestellt hatten und für eine eindeutig antikommunistische Haltung bürgten, die CDU/CSU, die liberale FDP, die nationalkonservative Deutsche Partei, später ergänzt durch den inzwischen gegründeten Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), verloren bei den Wählern an Zustimmung, während sich auf der linken Seite die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition abzeichnete, gegenüber welcher die bürgerlichen Kräfte ratlos schienen. Die neugegründete SWG wollte mithelfen, Gegenkräfte zu dieser Entwicklung zu mobilisieren.

Gegenkraft gegen Links

An anderer Stelle dieser Broschüre ist die Liste von Persönlichkeiten zu finden, die auf Veranstaltungen der SWG als Referenten aufgetreten sind. Sie beeindruckten durch Kompetenz ebenso wie durch ihre Prominenz. Bundes- und Landesminister sprachen auf den Veranstaltungen der SWG, so Hans Filbinger, Hans-Joachim v. Merkat, Victor Emanuel Preusker, Friedrich Zimmermann u. v. a. Lang ist die Liste von Botschaftern der Bundesrepublik, wie Hans Berger (Botschafter im Vatikan) und Heinrich Böx (Botschafter in Warschau) bis zu Hans Kroll und Horst Gröpper (beide Botschafter in Moskau). Bemerkenswert auch die Generäle und Admiräle der Bundeswehr, die sich für Vorträge zur Verfügung stellten, von Wolfgang Altenburg über Adolf Heusinger und Hans Karst bis zu Hans Trettner. Unter den für die SWG auftretenden Wissenschaftlern findet man so prominente Namen wie die der Professoren Arnulf Baring, Michael Freund, Paul C. Martin, Boris Meißner, Ernst Nolte, Günter Rohrmoser, Hans-Joachim Schoeps, Wolfgang Seiffert und Bernhard Willms.

Aber man beließ es nicht bei Vorträgen, sondern führte auch politische Aktionen durch. Die Unterlagen darüber, die sich in der SWG-Geschäftsstelle (damals in Köln) befunden haben müssen, sind durch unglückliche Umstände verlorengegangen, doch sind nach der Wiedervereinigung Belege für diese Aktionen in den Unterlagen des „Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“ (MfS) gefunden worden. Es wurde Gewißheit, was man bisher nur vermutet hatte: Die Stasi hatte sich intensiv um die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft „gekümmert“. Die der SWG von dem „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“, volkstümlich „Gauck-Behörde“ genannt, zur Verfügung gestellten Kopien von Stasi-Akten, IM-Berichten usw. lassen nicht nur neue Einblicke in die Geschichte der SWG zu, sondern klären auch über infame Methoden der Mielke-Behörde auf. So findet man Kopien von

Anzeigen und Flugblättern, die die SWG in der Zeit vor der Bundestagswahl 1972 (vermutlich, denn das MfS hat die Kopien nicht datiert) durch ihre IMs aus der Bundesrepublik erhalten hat. So wurde in einer großformatigen Anzeige der SWG vor Geldverschwendung in Kommunen gewarnt. Als Beispiele für Verschwendung von Steuergeldern wurden sozialdemokratisch geführte Gemeinden genannt, die „energiefressende Objekte wie Hallenbäder und Eislaufhallen“ gebaut hätten, ohne die Folgekosten zu berücksichtigen. Zitate des Bundes der Steuerzahler verstärkten die Warnung. Außerdem regte die SWG in den Anzeigen an, die Kandidaten zur Bundestagswahl zu fragen, was sie zu unternehmen gedächten, um die Verschwendungen einzudämmen. Gleichzeitig warb die SWG um Spenden, um diese Polit- Werbung weiterführen zu können. In einer anderen Anzeigenserie, offenbar aus dem Anfang der 70er Jahre, warnte die SWG davor, die von der Regierung Willy Brandt ausgehende Entspannungspolitik könne die Widerstandskraft der Bundesrepublik gegen den Kommunismus schwächen und diene letzten Endes der Bildung einer „Volksfront aller linken Kräfte“. Und wieder wurden die Leser zum Spenden aufgerufen.

Stasi schleust Agenten ein

Am 8. Mai 2000 veröffentlichte die „Berliner Zeitung“ einen umfangreichen Beitrag des damaligen wissenschaftlichen Mitarbeiters der Gauck-Behörde und Autor der Bücher „Die unterwanderte Republik - Stasi im Westen“ sowie „Der diskrete Charme der DDR - Stasi und Westmedien“, Hubertus Knabe, in denen er der Frage nachgeht, wie die Stasi ihr Wissen über die CDU-Parteispendenpraxis in die westdeutschen Medien lancierte. Nachdem im Frühjahr 1972 der konstruktive Mißtrauensantrag der CDU gegen Bundeskanzler Brandt nicht die notwendige Mehrheit fand - es ging um einen CDU-Abgeordneten, über den nach der Wiedervereinigung herauskam, er war von der Stasi mit 50.000 Mark bestochen worden, gegen den Antrag zustimmen -, wurden für den 19. November 1972 Neuwahlen anberaumt. In diesem sehr emotional geführten Wahlkampf erschienen wiederum Anzeigen von Gruppierungen, die sich als Wählerinitiativen zugunsten der sozialen Marktwirtschaft der CDU zu erkennen gaben. So wurden Anzeigen im Großformat veröffentlicht, in denen der zurückgetretene Superminister Karl Schiller von der SPD und der „Vater des Wirtschaftswunders“, Ludwig Erhard von der CDU, gemeinsam für die Unionsparteien votierten. Angeblich summierten sich die Kosten für diese Anzeigen, die von einer Werbeagentur geschaltet wurden, insgesamt auf etwa 6 Millionen DM. Alle Welt rätselte damals, wer über solche immensen Geldmittel verfügen konnte.

Im November 1972 verschwand der Geschäftsführer der SWG, ein Mann, der sich Wolfgang Sinnemann nannte, um kurz vor der Bundestagswahl auf einer Pressekonferenz in Österreich aufzutreten. Er enthüllte, daß das Geld, das unter anderen auch die SWG für CDU/CSU-Werbung ausgab, von den „Wirtschaftsbossen, die schon Hitler finanziert hatten“, stammte, die so eine weitere Regierung Brandt verhindern wollten. So sollen u. a. die Melitta-Werke angeblich 25.000 DM, BMW angeblich 35.000 DM, BASF 20.000-25.000 DM gespendet haben. Der Drahtzieher hinter all dem sei der „Kriegshetzer Franz Josef Strauß“ gewesen, bei dem der Vorsitzende der SWG, Hugo Wellems, ein- und ausgegangen sei; an seiner Seite der ehemalige Hitlerjugendführer und jetzige FDP-Politiker Siegfried Zoglmann. Nachdem

„Sinnemann“ so für Aufsehen gesorgt hatte, verschwand er in die „DDR“ und wurde bis heute nicht identifiziert. Sachkenner, so auch Hubertus Knabe, sind sich einig, daß es sich bei Sinnemann um einen mit falschen Papieren in die SWG eingeschleusten Agenten des Staatssicherheitsdienstes gehandelt hat.

SWG empfiehlt: Wählt CDU/CSU!

In der Bundesrepublik griff sofort die damals schon von der „DDR“ finanzierte Zeitschrift „Konkret“ das Material auf und verarbeitete es in umfangreichen Beiträgen. Mehrere westdeutsche Zeitschriften, die damals gern aus dem Osten zugespieltes Material verbreiteten, stimmten ein. Neben der SWG sollen zahlreiche andere zum Zwecke der CDU/CSU-Propaganda gegründeten Initiativen und Vereine beteiligt gewesen sein. Was daran DDR-Fälschungen, was Tatsachen waren, läßt sich heute kaum noch feststellen. Herausgebracht hat das vom Agenten „Sinnemann“ gesammelte Material ein Jahr später der Verlag Kiepenheuer & Witsch in einem, wie Hubertus Knabe in seinem Beitrag in der „Berliner Zeitung“ schrieb, vom Ministerium für Staatssicherheit unterstützten Taschenbuch unter dem Titel „Das Schwarze Kassenbuch - Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU“.

Das Buch zeichnet sich dadurch aus, daß das Vorwort von Heinrich Böll stammte. Herausgegeben wurde es von einem „Presseauschuß der Demokratischen Aktion“ unter Mitarbeit von Bernd Engelmann. Dieser Engelmann aber, und das wurde nach der Wiedervereinigung und nach Einblick in die DDR-Unterlagen deutlich, wurde von der „DDR“ bezahlt. Zunächst sympathisierte Engelmann (Deckname des IM: „Albers“) mit der DKP, dann aber stellte sich heraus, daß er regelmäßig mit dem „DDR“-Spionagechef Markus Wolf in Eichwalde bei Berlin zusammengetroffen war, um weiteres Material gegen die Bundesrepublik in Empfang zu nehmen. Engelmanns Mitarbeiter war Kurt Hirsch, ebenfalls, wie sich nach der Wende herausstellte, Mitarbeiter des Stasi.

Stasi schießt sich auf Hugo Wellems ein

Die Stasi schoß sich auf die Gruppierungen und ihre leitenden Persönlichkeiten ein, an der Spitze auf den Vorsitzenden der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft*, Hugo Wellems. Man fand heraus, daß er schon 1930 Mitglied der Hitlerjugend geworden sei. Nach der Schulzeit hatte er einige Semester studiert und ein Volontariat bei einer Bonner Zeitung absolviert. Offenbar war er schon bei der HJ mit publizistischen Aufgaben betraut gewesen. Als die Bevölkerung des Saarlandes 1935 darüber abstimmen sollte, ob das nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland abgetrennte Saargebiet wieder ins Deutsche Reich zurückkehren oder ob es Frankreich angegliedert werden solle, wurde er für den Abstimmungskampf ins Saargebiet delegiert.

Bekanntlich haben sich damals 90 Prozent der Bevölkerung für Deutschland entschieden. 1938 wechselte er, der lt. Auskunft des Bundesarchivs 1933 auch in die NSDAP eingetreten war, als Referent ins „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ in Berlin über. Er war inzwischen zum Oberbannführer befördert. Zu seinen Aufgaben gehörte die Leitung des Kurier- und Nachrichtendienstes im Büro des Sekretärs des Reichsministeriums.

Als nach der Zerschlagung der Tschechei das Protektorat Böhmen und Mähren eingerichtet wurde, wurde Wellem ins Propagandaministerium der Protektoratsregierung in Prag versetzt. Bei Kriegsausbruch wurde er eingezogen, um 1944 Leiter des Reichspropagandaamtes Kauen (Kowno) bei der Behörde des Generalkommissars in Litauen zu werden. Er geriet am Ende des Krieges in amerikanische Gefangenschaft. Wie er später jüngeren Redaktionskollegen erzählte, hätten ihn die Amerikaner unter Druck gesetzt, für den US-Geheimdienst CIA zu arbeiten. Andernfalls sollte er nach eigenen Angaben an die Sowjets ausgeliefert werden. So sei ihm nichts anderes übriggeblieben, als dem Druck nachzugeben, wenn ihm sein Leben lieb wäre.

Ehemalige Nationalsozialisten in allen Parteien

Er mußte sich, wie alle Deutschen, dem Entnazifizierungsverfahren stellen. Nach den der SWG jetzt zugänglich gemachten Unterlagen wurde er am 30. April 1949 laut einem Bescheid des „Ersten öffentlichen Klägers“ in Marburg „in die Gruppe IV - Mitläufer“ eingruppiert.

Es mag für die heutigen Zeitgenossen erhellend sein, wenn festgestellt wird, daß Deutsche mit solcher Vergangenheit bald nach Kriegsende in allen Parteien zu finden waren. Von den gewiß nicht zimperlich vorgehenden Entnazifizierungsgerichten war ihnen bestätigt worden, daß sie zwischen 1933 und 1945 keine Positionen innehatten, in denen sie wesentliche Entscheidungen zu fällen hatten, und daß sie keine Verbrechen begangen hatten, was für jemanden, der in der Propaganda - heute würde man sagen: in der psychologischen Kriegsführung - tätig war wie Hugo Wellem, sowieso fern lag.

Selbst der Bundesvorstand der SPD führte mit einer Gruppe hoher HJ-Führer vertrauliche Gespräche, in denen beide Seiten manche Berührungspunkte feststellten, was angesichts der Tatsache, daß in der Hitlerjugend starke sozialistische Strömungen vorhanden waren, nicht erstaunlich war. Es war auch allgemein bekannt, daß das Amt des Kultusministers in der von der SPD geführten Landesregierung von Nordrhein- Westfalen von einem ehemaligen Soldaten der Waffen-SS geleitet wurde.

Hohe ehemalige HJ-Führer bei Erich Honecker

Nachdem sich auf Einladung eines Kreises ehemaliger hoher HJ-Führer Vertreter des ZK der Freien Deutschen Jugend der DDR in Hamburg mit Vertretern dieses Kreises getroffen hatten, führen auf Einladung der FDJ im Januar 1951 ein ehemaliger HJ-Gebietsführer und ein ehemaliger Hamburger Oberbannführer im Auftrag eines größeren Kreises ehemaliger hoher HJ-Führer nach Ost-Berlin, wo sie sich unter der Schirmherrschaft des evangelischen Bischofs Otto Dibelius mit Vertretern des Zentralrats der FDJ und später auch mit dem Vorsitzenden der FDJ, Erich Honecker, persönlich trafen, um gemeinsame Wege zu erörtern, die Einheit Deutschlands zu fördern.

Die Berührungspunkte waren damals lange nicht so ausgeprägt wie heute. Selbst in der Sowjetischen Besatzungszone, dann in der DDR, scheute man, wenn die Situation es als

erfolgversprechend erscheinen ließ, nicht davor zurück, ehemalige hohe Nationalsozialisten unter Nennung ihres ehemaligen Dienstgrades in der Öffentlichkeit einzusetzen. So liegt der SWG ein umfangreiches Faltblatt mit dem Text eines „Rufes an die deutsche Frontgeneration des Zweiten Weltkrieges“ aus dem Jahre 1952 vor. Auf dem 4. Parteitag der National-Demokratischen Partei bezeichneten die Delegierten die Tatsache, „daß sieben Jahre nach Kriegsende die vier Besatzungsmächte noch immer in Deutschland stehen“ als eine „Demütigung des deutschen Volkes und eine Kränkung unseres Nationalstolzes“.

Die Resolution endet mit dem Aufruf: „Deutschlands Zukunft ist nicht Schicksal, sondern Selbstbestimmung. Nehmen wir Deutsche die Gestaltung unserer Zukunft in die eigenen Hände! Dann werden wir Herren in ganz Deutschland sein!“ Die EntschlieÙung ist von 215 Personen unterschrieben, und zwar nicht nur mit den Namen, sondern mit ihrer früheren Funktion im Dritten Reich, wie etwa: Heinz Lassen, Potsdam, ehem. Bannführer in der Reichsjugendführung; Erich Rommel, Erfurt, ehem. Erzieher an der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Schulpforta; Otto Zander, Berlin-Schöneeweide, ehem. Hauptbannführer und Chef der Kultur- und Rundfunkabteilung der Reichsjugendführung; Siegfried Dallmann, Berlin-Adlershof, ehem. Geschäftsführender Gaustudentenführer in Thüringen; Horst Dreßler-Andreß, Berlin-Mahlsdorf, ehem. Präsident der Reichsrundfunkkammer und Reichsamtseiter der NS-Kultur- Gemeinschaft „Kraft durch Freude“; Helfried Grope, Halle, ehem. HJ-Hauptgefolgschaftsführer und stellvertretender Leiter der Abteilung Presse und Propaganda in der HJ-Gebietsführung Mittelbe/Magdeburg; Edith Wäscher, Halle, ehem. Bannmädelführerin; Siegfried Schneider, Sömmerda, ehem. Fähnleinführer im Deutschen Jungvolk; Ernst Raab, Rudolstadt, ehem. SA-Sturmbannführer; Lisbeth Franke, Erfurt, ehem. Obergauführerin im BDM; Johannes Dieke, Marienburg, ehem. Reichsstellenleiter und Träger des goldenen Parteiabzeichens. Herausgegeben wurde das Faltblatt von der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), Parteivorstand, Berlin NW 7, Friedrichstr. 113. Dies alles wohl gemerkt in der „DDR“!

„SWG kämpft für Franz-Josef Strauß“

In der Hochzeit des kalten Krieges bemühten sich beide deutschen Teilstaaten, dem jeweiligen Kontrahenten die Respektabilität, ja, die Existenzberechtigung abzusprechen. Dazu war in den Augen der herrschenden Schicht der „DDR“ am wirksamsten, die Bundesrepublik zu brandmarken als die Speerspitze des amerikanischen Großkapitals gegen den Sozialismus, und die Speerspitze des Kapitalismus ist nach Auffassung der marxistisch-leninistischen Vordenker der Faschismus.

Daher bemühte man sich, den Eindruck zu erwecken, in der Bundesrepublik regierten in Wahrheit mindestens hinter den Kulissen die alten Seilschaften aus der Zeit des Dritten Reiches. Man erinnere sich der Kampagnen gegen den damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, der beschuldigt wurde, KZs gebaut zu haben - eine der zahlreichen Verleumdungen, deren Haltlosigkeit nach dem Zugang zu den Stasi-Akten ebenso bewiesen werden konnte, wie die Hetze gegen den damaligen Bundesminister Theodor Oberländer, er sei im Osten an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen. Franz Josef Strauß, der als Verteidigungsminister den Aufbau der Bundeswehr leitete, wurde zusammen mit führenden

Persönlichkeiten der CSU, aber auch mit dem damals noch vorhandenen starken konservativen Flügel der CDU zum Hauptgegner der „DDR“. In diesem Kampf geriet auch Hugo Wellems mit seiner *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* ins Visier der östlichen kalten Krieger. Gesinnungsfreunde im Westen hieben in die gleiche Kerbe. Durch nur geringfügige Manipulationen konnte ein Lebenslauf wie der des Hugo Wellems so verzerrt werden, daß der Eindruck entstand, Wellems müsse einer der ganz großen und entscheidenden Nationalsozialisten gewesen sein. Aus der Feststellung, Wellems sei Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gewesen, und, wie man erfährt, zuständig für den Kurierdienst des Ministeriums, wird in der kommunistischen Propaganda, er sei der Pressereferent des Ministers Goebbels gewesen.

Liest man die Aktennotizen und Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit über die SWG, muß man zu dem Eindruck gelangen, die angeblich von Franz Josef Strauß am langen Zügel geführte Gesellschaft sei die Weiterführung des Goebbelsschen Ministeriums. „Was Rang und Namen hat, kämpft in der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* für Franz Josef Strauß“, liest man in der von Alwin Meyer und Karl Klaus Rabe 1980 herausgegebenen Schrift „Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern“. Zu den angeblichen „Kriegshetzern“ gehört auch der hessische Landesvorsitzende der CDU, Alfred Dregger, der, wie die SED-Propaganda kritisch vermerkt, in der von der SWG herausgegebenen Schrift „Deutschland-Journal“ zu Worte kommt. Staunend liest man in der einschlägigen damaligen „DDR“-Schrift, Goebbels persönlich habe im Mai 1945 Hugo Wellems „befohlen, die Flucht (aus dem eingeschlossenen Berlin) zu ergreifen, um am weiteren Aufbau des Nationalsozialismus mitzuarbeiten“, so die Phantastereien der Herausgeber Meyer und Rabe.

Die Antifa übernimmt die Rolle des MfS

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes endete der Sozialismus/ Kommunismus auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, und damit schien auch das Ende des Psychokrieges, den das kommunistische Lager geführt hatte, gekommen. Dann aber erholten sich im wiedervereinigten Deutschland Anhänger des Marxismus-Leninismus, die hofften, man könne das Experiment, das im Osten mißlungen war, noch einmal versuchen und dabei die gemachten Fehler vermeiden. Jetzt, da mit dem in der „DDR“ diskriminierten Kommunismus kein Blumentopf mehr zu gewinnen war, präsentierten sich die Linken als Antifaschisten, denen nichts mehr am Herzen lag, als die Demokratie zu retten. Oberwasser bekamen sie, als ein Bundeskanzler zum „Kampf gegen Rechts“ aufrief, was die Linksradiakalen sogleich nutzten, nun jede politische Kraft, die ihnen im Wege steht, als „rechtsextrem“, ja, als „faschistisch“ zu diskriminieren.

Am 23. Mai 2008 stellte die Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft, Christiane Schneider von der Partei DIE LINKE, eine schriftliche „Kleine Anfrage“ an den Senat. Nachdem sie eine Reihe von Beschuldigungen gegen die SWG vorgebracht hat, von denen viele aus der alten Kampagne der Stasi bekannt sind, fragt sie den Senat, ob es im Vorstand der SWG rechtsextremistische Personen gebe, ob der Hamburger Verfassungsschutz Kenntnisse über die Aktivitäten der SWG besäße, sowie ob unter den Referenten der SWG Rechtsextremisten gewesen seien. Die Antwort der Hamburger Landesregierung erfolgte nur eine Woche später.

Sie war lapidar: „Die *Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft* ist als Organisation kein Beobachtungsobjekt des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz. Personenbezogene Informationen berichtet der Senat nur dem dafür vorgesehenen Ausschuß.“

Diese eindeutige Auskunft hinderte die linken Kreise nicht daran, nun mit den bewährten Methoden gegen die Aktivitäten der SWG in Hamburg vorzugehen. In Flugblättern, die sie in Hamburg verteilten und auch den Vermietern von Veranstaltungssälen zuschickten, tauchten alte bekannte Beschuldigungen der SWG auf. Neue bewegten sich haarscharf an der Grenze zwischen Meinungsäußerungen und falschen Tatsachenbehauptungen. Angebliche Zitate werden leitenden Persönlichkeiten der SWG in den Mund gelegt, ohne daß Quellen angegeben werden, so daß sie nicht nachprüfbar waren.

So werden „Rechtsextremisten“ gemacht

Man warf der SWG vor, in Hamburg eine Rechtsanwältin, die schon des Rechtsextremismus Beschuldigte mit Erfolg auch vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigt hatte, zu einem Vortrag über die Frage eingeladen zu haben, ob die Menschenrechte auch für muslimische Frauen in Deutschland gelten, ein Vorwurf, der genau so läppisch ist, als hätte man dem späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem späteren Bundesinnenminister Otto Schily vorgeworfen, sie hätten als Rechtsanwälte linksextreme Terroristen der RAF verteidigt. Immerhin schafften sie es, mit solchen Verleumdungen den Saalvermieter zu veranlassen, den Mietvertrag mit der SWG aufzuheben.

Besonders absurd war der Vorwurf, die SGW habe mit dem russischen Wissenschaftler und Politiker Wjatscheslaw Daschitschew eine „internationale Größe des Rechtsextremismus“ zu einem Vortrag nach Kiel eingeladen. Tatsächlich war Daschitschew, früher Oberst der Roten Armee, Leiter der „Abteilung für außenpolitische Probleme im Rahmen der Russischen Akademie der Wissenschaften“ und in den 1980er Jahren Vorsitzender des Wissenschaftlichen konsultativen Beirats des Sowjetischen Außenministeriums. Daschitschew trat früh schon für die deutsche Wiedervereinigung ein und für die Einstellung des kalten Krieges. Davon zeugt sein Buch „Moskaus Griff nach der Weltmacht“, zu dem Michail Gorbatschow und Hans-Dietrich Genscher das Vorwort schrieben.

Nun wurde dieser international hochangesehene Wissenschaftler und Politiker von deutschen Linksradikalen diffamiert, weil er auch irgendwo auf Einladung der NPD gesprochen habe, eine von Linken erprobte Methode, als ob es nicht darauf ankäme, was jemand sagt, sondern wo und vor wem. Aber trotzdem genügte eine Meldung in der linken Zeitung „taz“, sogar den Schleswig- Holsteinischen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden seiner Partei zu veranlassen, alles zu tun, um den Vortrag absagen zu lassen - offenbar aus Furcht, als Rechtsextremer bezeichnet zu werden, weil Daschitschew von einem CDU-Mitglied - übrigens ausdrücklich auf Empfehlung aus Kreisen der Kieler Universität - eingeladen worden war.

Die „Kieler Nachrichten“ übernahmen die Thesen der Linksextremen, obgleich dieselbe Zeitung einige Jahre vorher bei einem Besuch Daschitschews an der Kieler Universität einen überaus positiven Bericht veröffentlicht hatte.

Unwahrheiten über den Gründer

Auch der schon 1995 verstorbene Hugo Wellems mußte jetzt wieder als „Beweis“ für die angeblich „rechtsextreme“ Haltung der SWG erhalten, so mit der erneut hervorgeholten Behauptung, Wellems sei, als er 1962 die SWG gründete, Chefredakteur der „rechtsextremen Zeitung ‚Das Deutsche Wort‘“ gewesen. Tatsächlich aber war diese Zeitung das Organ der „Deutschen Partei“, einer nationalkonservativen Partei, die sich aus der „Niedersächsischen Landespartei“ entwickelt hatte. Sie stellte von 1955 bis 1959 mit ihrem Vorsitzenden Heinrich Hellwege den niedersächsischen Ministerpräsidenten und war im ersten Adenauer-Kabinett mit mehreren Ministern vertreten. In den in der letzten Zeit in Hamburg verbreiteten Flugblättern sowie in bedrohlichen Schmähbriefen, die der Saalvermieter erhalten hatte, wurden viele von diesen Propagandathesen ebenfalls transportiert.

Aufschlußreich ist deren Herkunft. So zeichnet dafür ein „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ verantwortlich, hinter dessen Namen sich der Hamburger Ableger der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA)“ verbirgt. Beide Organisationen findet man in den Berichten des Hamburger Verfassungsschutzes als linksextremistisch beeinflusst. Sie werden überwacht. Der Unterzeichner eines Schmähbriefes, Olaf Harms, gehört dem Bezirksvorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) an und wurde über die Liste der LINKS-Partei in die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gewählt. Ein anderes Flugblatt wird verantwortet von „AVANTI - Projekt Undogmatische Linke“. Auch diese Gruppierung ist im Verfassungsschutzbericht als linksextrem gekennzeichnet.

Die SWG wird vom Verfassungsschutz nicht beobachtet

Immer wieder tauchte in Artikeln der linken Presse die Behauptung auf, man stütze sich bei den Beschuldigungen der SWG auf Informationen des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz. Dem müßte eigentlich der Verfassungsschutz selbst widersprechen, denn der Leiter des Landesamtes hatte am 29. 11. 1999 in einem Gespräch mit dem Leiter der Regio Hamburg der SWG die von ihm und seinem Stellvertreter gegenüber der Presse gemachten Äußerungen über personell vereinzelte „Nähe“ der SWG zum Rechtsextremismus als „unnötig“ bezeichnet, da die SWG nicht beobachtet werde.

Nachdem die „taz“, eine Zeitung vom linken Rand, die Beschuldigung erneut als Zitat des Verfassungsschutzes („Uns sind personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Organisationen bekannt ...“) gebracht hatte, bat der Vorsitzende der SWG den „Kontrollausschuß der Hamburger Bürgerschaft für den Verfassungsschutz“ um Klärung. Die Antwort vom 22. 6. 2001 lautete: „Der Parlamentarische Kontrollausschuß bedauert, daß die taz ohne Rücksprache mit dem Amt dieses Zitat wieder aufgegriffen hat. Er ist aber der Auffassung, daß sich Ihre Auseinandersetzung mit dem Landesamt für Verfassungsschutz mit dem Gespräch am 29. 11. 1999 erledigt hat.“ Auf eine anklagende „schriftliche Kleine

Anfrage“ einer Abgeordneten (Die Linke) der Hamburger Bürgerschaft zu „Verbindungen der ... (SWG) zu rechtsextremistischen Kreisen“ antwortete - wie bereits erwähnt - der Senat (Drucksache 19/406) vom 30. 5. 2008: „Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. (SWG) ist als Organisation kein Beobachtungsobjekt des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz.“

Auch „Wikipedia“ ist nicht zu trauen

Eine schillernde Rolle spielt auch die von vielen als seriöses Nachlagewerk im Internet eingeschätzte freie Enzyklopädie „Wikipedia“. Wenn man im Abstand einiger Monate den Begriff *Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft* immer einmal wieder anklickt, trifft man auf häufig stark variierende Definitionen der SWG. Allein der Sache verpflichtet war kein Text, stets waren und sind sie mehr oder weniger parteilich links gefärbt und hatten mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Das ist auch verständlich, wenn man die gelegentlich genannten Einzelnachweise durchgeht.

Dabei trifft man immer wieder auf ausgewiesene linksradikale Autoren. Der Verdacht besteht, daß von ihnen der gesamte Text in „Wikipedia“ stammt, wobei man seine eigenen Artikel als „Quelle“ angibt. Unter den Autoren spielt eine führende Rolle ein gewisser Andreas Speit, der zu den immer zahlreicher werdenden Spezialisten für die Entlarvung wirklicher oder vermeintlicher Neonazis gehört. Überwiegend veröffentlicht er in der linken „taz“, aber auch im „Rechten Rand“ und in so aparten Zeitschriften wie „Jungle World“, die von sich sagen können, links von ihnen sei nur die Wand.

Und für die Qualität von „Wikipedia“ zeugt auch nicht die Tatsache, daß in einem einzigen Satz der SWG-Definition von vier Tatsachenbehauptungen drei falsch sind. Die einzig korrekte ist das Gründungsdatum der SWG (9. 4. 1962). Falsch sind die Behauptungen, Wellems sei „der ehemalige Pressereferent von Joseph Goebbels“ gewesen; (er war ein Referent unter vielen, und auch kein Pressereferent); er sei Chefredakteur der rechtsextremen Zeitung „Das Deutsche Wort“ gewesen; (die Zeitung war das Organ der Deutschen Partei, die der Regierungskoalition unter Konrad Adenauer angehörte und weit davon entfernt, rechtsextrem zu sein); Wellems habe die SWG zusammen mit den „ehemaligen hohen Funktionären im Nationalsozialismus“, Artur Missbach und Karl-Friedrich Grau, gegründet. Keiner von beiden gehörte laut gerichtlichen Unterlagen zu den SWG-Gründungsmitgliedern; auch später waren sie in der Gesellschaft niemals tätig.

Seit Jahrzehnten bekämpft und dennoch lebendig und aktiv

In den fünfzig Jahren ihres Bestehens ist die *Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft* immer wieder ins Visier der Linken und Linksextremen geraten - vom „Ministerium für Staatssicherheit der DDR“ bis zur Partei DIE LINKE. Das ist kein Wunder, hat sie sich doch von Anfang an als deutlich nationalkonservativ positioniert, und war sie doch zum Beispiel eine der wenigen Vereinigungen, die mit Vorträgen, Unterschriftensammlungen und Publikationen (z. B. „Die Reemtsma-Ausstellung“, 4. Aufl. 1999) gegen die Verleumdungen

der deutschen Soldaten in den umstrittenen Reemtsma- Ausstellungen angegangen ist. Das fordert Widerspruch heraus, aber das gehört zu einer Demokratie.

Anders ist allerdings die Bewertung, wenn die Gegenseite mit den Mitteln der Psychologischen Kriegsführung beabsichtigt, den politisch Andersdenkenden zu vernichten. Das ist eindeutig der Fall bei den Angriffen der Linken, in denen nicht nur Unwahrheiten, Verdrehungen und Pressionen üblich sind, sondern auch die Unterstellung, die SWG sei „rechtsextremistisch“, wenn sie nationale Themen im Streben nach Wahrheit behandelt. Hiermit werden die Grenzen einer zivilisierten Auseinandersetzung in einer rechtsstaatlichen Demokratie weit überschritten.

Die Arbeit der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* erfährt steigende Zustimmung. Das zweimal im Jahr herauskommende Deutschland-Journal wird nicht nur bei Freunden und Mitgliedern der Gesellschaft selbst lange nach Erscheinen noch nachgefragt.

Die SWG vertritt die Ansicht, daß eine plurale freiheitliche Gesellschaft nur funktionieren kann, wenn sie neben einem linken Flügel und einer linken Mitte auch über einen demokratischen rechten Flügel verfügt, wie überall bei unseren europäischen Nachbarn. Die *Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft* versteht sich als Teil dieser demokratischen - sei sie konservativ, sei sie nationalliberal - Rechten. Eines ist sie mit Sicherheit nicht: rechtsextremistisch.

Hans-Joachim von Leesen, geboren 1930 in Hamburg, Verlagsbuchhändler, tätig in verschiedenen Buchverlagen, Mitglied der Unternehmensleitung des juristischen Fachverlages „Carl Heymanns Verlag“, Köln. 1980 bis 1993 Landesgeschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, ausgezeichnet mit der Schleswig-Holstein-Medaille. Heute als freier Journalist, u. a. für die Preußische Allgemeine Zeitung und die Junge Freiheit tätig. 1994 bis 2004 Leiter der SWG-Regio Schleswig-Holstein.

